

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 08.03.2018, im Kleinen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:50 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2. Jobcenter Kreis Warendorf: hier: Sachstandsbericht	022/2018 6
3. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 für das Jobcenter Kreis Warendorf	029/2018 7
4. Zukunft der ärztlichen Versorgung im Kreis Warendorf – Vorstellung der Initiative	018/2018 9
5. Entfristung des Projektes Ausbau der zugehenden Beratung für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen / Stärkung des Ziels "ambulant vor stationär"	016/2018 10
6. Anfragen der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.11.2017	023/2018 12

Anlagen

- Anlage 1 Sachstandsbericht des Jobcenters
Anlage 2 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018

- Anlage 3 Initiative: „Zukunft der ärztlichen Versorgung im Kreis Warendorf“
- Anlage 4 Entfristung des Projektes Ausbau der zugehenden Beratung für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen / Stärkung des Ziels „ambulant vor stationär“
- Anlage 5 Anfrage 1 der SPD-Kreistagsfraktion zu Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Anlage 6 Anfrage 2 der SPD-Kreistagsfraktion zu Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende / Langzeitleistungsbezug

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Blömker, Franz-Ludwig
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Riveiro Vega, Sandra
Schindler, Ron
Schmelter, Marion
Steinkolk, Uwe
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
stellv. Ausschussmitglieder
Block, Susanne
Holz, Günter
Marx, Burkhard
Tegelkämper, Paul
von der Verwaltung
Baldus, Beate
Hanewinkel, Martin
Klausmeier, Brigitte
Lummer, Petra
Middendorf, Anne
Rehfeldt, Elke, Dr.
Schabhüser, Helmut
Seidel, Ansgar, Dr.
Uhkötter, Richard

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Aydemir, Ergül

Geiger, Andrea

Hein-Kötter, Dorothea

Heringloh-Poll, Norbert

Hermans, Pia

Lehnert, Susanne, Dr.

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 23.02.2018 form- und fristgerecht erfolgt ist.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Jobcenter Kreis Warendorf: hier: Sachstandsbericht**022/2018**

Herr Dr. Seidel erläutert die vorab per Mail zur Verfügung gestellte Präsentation der Daten des Jobcenters (Anlage 1). Er berichtet über

- die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- die Prognose der Bedarfsgemeinschaften für 2017,
- die Entwicklung des Zugangs an Bedarfsgemeinschaften von Flüchtlingen,
- die Entwicklung der unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- die Kinder im SGB II-Leistungsbezug,
- das Eingliederungsbudget des Jobcenters 2017 und 2018
- die Integrationen 2017
- die Zielvereinbarung 2018
- die Entwicklung der Langzeitarbeitslosen
- die Entwicklung der Langzeitleistungsbeziehenden nach Strukturmerkmalen
- die Arbeitswelt 4.0.

Herr Dr. Seidel weist auf die Prognose der Bedarfsgemeinschaften für 2018 hin. Die Zahl der Nichtflüchtlings-Bedarfsgemeinschaften werde voraussichtlich leicht sinken, die Zahl der Flüchtlingsbedarfsgemeinschaften werde dagegen voraussichtlich weiter steigen, –evtl. jedoch etwas schwächer als bei Haushaltsaufstellung prognostiziert. Er berichtet, dass Frauen mit Kindern länger im Leistungsbezug verbleiben. In den letzten 5 Jahren sei die Anzahl der Kinder im SGB II-Leistungsbezug um 700 gestiegen. Diese Zielgruppe erhalte daher die besondere Aufmerksamkeit des Jobcenters.

Herr Dr. Seidel führt weiter aus, dass es bei der Verausgabung des Eingliederungsbudgets 2017 eine Punktlandung gegeben habe und auch die wichtige Kennzahl der Integrationsquote erreicht worden sei. In 2018 erschwere die vorläufige Haushaltsführung bis zur Verabschiedung des Bundeshaushalts die Arbeit des Jobcenters, für das Eingliederungsbudget bestehe ein eingeschränkter Handlungsspielraum. Dieses betreffe allerdings ausschließlich langfristige Maßnahmen, die über das Jahr 2018 hinausgehen. Die Mittel für die passiven Leistungen stünden jedoch in voller Höhe zur Verfügung.

Als Schwerpunkt des Berichts erfolgen sodann Strukturdarstellungen zu Langzeitleistungsbeziehern. Dabei ist der Zusammenhang zwischen guter schulischer und beruflicher Qualifikation und besseren Integrationschancen in den Arbeitsmarkt offensichtlich. Frau Klausmeier weist darauf hin, dass für das Jobcenter eine dauerhafte Integration wichtiger sei als eine kurzfristige.

An der Diskussion nahmen Herr Blömker, Frau Block und Herr Hövelmann teil.

3.	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 für das Jobcenter Kreis Warendorf	029/2018
-----------	--	-----------------

Zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 berichtet Herr Hanewinkel

- zu den Ressourcen,
- zur prozentualen Verteilung der Eingliederungsmittel,
- über operative Einheiten im Sachgebiet aktivierende Leistungen,
- zur zentralen Struktur- und Prozessverbesserung im Jobcenter und
- über Schwerpunkte des Programms

(sh. Anlage 2).

Zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit sei u.a. die Verzahnung von Arbeit- und Gesundheitsförderung erforderlich. Herr Hanewinkel nennt als Schwerpunkt den Ansatz der Prävention, um drohenden Behinderungen im Vorfeld entgegen zu wirken, z. B. psychischen Erkrankungen. Er weist auf § 11 des Bundesteilhabegesetzes –Förderung von Modellvorhaben zur Stärkung der Rehabilitation– hin. Zur Förderung stelle der Bund 1 Mrd. € für 5 Jahre für Jobcenter und die Rentenversicherungsträger zur Verfügung. Der Kreis Warendorf plane in 2018 zusammen mit weiteren Jobcentern aus dem Münsterland eine Beteiligung an diesem Modellvorhaben.

Auf Nachfrage von Frau Hohmann de Palma zum Werkcampus erläutert Herr Hanewinkel, dass es sich hier um ein erfolgreiches Projekt handele, bei dem sich die Teilnehmer gegenseitig unterstützen. Dieses könne in der nächsten Sitzung näher erläutert werden.

Herr Hanewinkel gibt bekannt, dass die Einführung eines Fallsteuerungsmodells nicht wie im Jahr 2018 vorgesehen erfolgen kann. Hintergrund ist, dass der Softwareanbieter LÄMMERZAHL eine neue Software für alle Nutzer verbindlich einführen wird. Das Fallsteuerungsmodell kann vor der EDV-Umstellung nur eingeführt werden, wenn sich der Nutzer für eine automatische Datenmigration (statt einer manuellen Datenerfassung) entscheidet. Eine solche Entscheidung steht für den Kreis Warendorf noch aus und kann frühestens Mitte April 2018 getroffen werden.

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich zur Anzahl der besetzten Brückenjobs. Herr Hanewinkel wird diese Zahl im Protokoll nachreichen.

Ende Januar 2018 waren 64 Brückenjobs besetzt.

Herr Blömker regt an, zu den im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm genannten Ansätzen auch die Wirkung wie z. B. Anzahl der Teilnehmenden zu nennen. Herr Hanewinkel weist auf den jeweils Ende Mai auf der Homepage des Jobcenters veröffentlichten Eingliederungsbericht des Jobcenters hin. Hier werden die Ergebnisse des vorjährigen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms zusammengefasst.

Frau Harrendorf-Vorländer, Frau Riveiro Vega, Frau Birkhahn, Frau Schmelter, Herr Blömker und Frau Hohmann de Palma nehmen an der Diskussion zum Bericht von Herrn Hanewinkel teil.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 für das Jobcenter Kreis Warendorf wird zugestimmt. Die weiteren Mittel werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt und durch Mehrerträge/Einzahlungen im Rahmen der Kostenerstattung des Bundes unter Pos. 06 vollumfänglich gedeckt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 14 Stimmen

Nein 0 Stimmen

Enthaltung 1 Stimme

4.	Zukunft der ärztlichen Versorgung im Kreis Warendorf – Vorstellung der Initiative	018/2018
-----------	--	-----------------

Frau Lummer berichtet über die Initiative „Zukunft der ärztlichen Versorgung im Kreis Warendorf“ (sh. Anlage 3). Sie verweist hier u.a. auf die aktuelle Altersstruktur der im Kreis ansässigen Haus- und Fachärzte.

Frau Dr. Rehfeldt betont den Ansatz, interessierte Medizinstudierende mit heimatischen Bezügen zu gewinnen. Das erste gemeinsame Treffen mit interessierten Medizinstudierenden im Herbst 2017 sei sehr gut angekommen.

Herr Blömker weist auf die starken Verbindungen der Krankenhäuser zu den universitären Einrichtungen hin. Diese Kontakte sollten zur „Werbung“ für den Kreis Warendorf genutzt werden.

Herr Tegelkämper lobt die Initiative, diese hätte jedoch schon früher durchgeführt werden sollen. Er weist auf die schlechtere Bezahlung der Ärzte in Nordrhein-Westfalen als in Niedersachsen oder Bayern hin. Hier sei die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe aufgerufen, dieses zu ändern.

An der Diskussion zum Bericht von Frau Lummer beteiligen sich Frau Birkhahn, Frau Strecker und Herr Hövelmann.

5.	Entfristung des Projektes Ausbau der zugehenden Beratung für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen / Stärkung des Ziels "ambulant vor stationär"	016/2018
-----------	---	-----------------

Frau Middendorf berichtet über das Ergebnis des 2-jährigen Projektes des Ausbaus der zugehenden Beratung (sh. Anlage 4). Ziel sei es, durch eine intensiviertere Steuerung der Hilfe zur Pflege nennenswerte Gesamteinsparungen zu erzielen.

Die finanziellen Auswirkungen wurden in einem umfangreichen Controlling erfasst und ausgewertet, wobei auch eine Unterscheidung in ambulant und stationär erfolgte.

Bei den ambulanten Hilfen konnte eine Einsparung in Höhe von 267.000 € erzielt werden aus

- einer Reduzierung des angezeigten Bedarfs auf das Notwendige
- einer optimierten Zusammenstellung der Leistungsmodule,
- der Übernahme von Hilfestellungen durch Angehörigen und
- vollständiges Ausschöpfen der SGB XI Leistungen.

Hier seien insbesondere die Kombileistungen zu nennen, über die Möglichkeiten waren viele LeistungsempfängerInnen nur unzureichend informiert. Pflegegeld konnte z. B. noch geltend gemacht werden, das für andere Hilfestellungen wie Mahlzeitendienste eingesetzt werden konnte.

In ca. 2 % der Fälle konnten höhere Leistungen beansprucht werden, in ca. 54 % erfolgte eine Reduzierung der Leistung. Insgesamt seien 214 Hilfefälle überprüft worden.

Frau Middendorf führt aus, dass im Rahmen der stationären Hilfe diejenigen Fälle erfasst worden seien, bei denen eine stationäre Versorgung bereits ins Auge gefasst wurde. Betroffene und Angehörige sahen in diesen Fällen keine andere Möglichkeit. Dabei wurden jährlichen Einsparungen in Höhe von 12.000 € pro Fall zugrunde gelegt. Es wurden exakt die Monate erfasst, in denen eine ambulante Versorgung erfolgte.

Es konnte in 31 Fällen eine ambulante Versorgung, zumindest für einen gewissen Zeitraum, installiert bzw. aufrechterhalten werden.

Auch Schwerstkranke, bei denen eine häusliche Versorgung im Grunde nicht angezeigt war und eine palliative Versorgung eingeleitet wurde, konnte zumindest zeitweise zu Hause verbleiben, erläutert Frau Middendorf.

Frau Baldus erläutert die Beratung am Beispiel einer 83-jährigen Frau. Insgesamt seien die Rückmeldungen positiv gewesen, auch weil pflegende Angehörige in den Blick genommen wurden. Entscheidend sei eine möglichst frühe Inanspruchnahme der Beratungsstelle.

Frau Klausmeier stellt fest, dass der Erfolg des Projektes eine bessere Steuerung der Kosten der Pflege und eine erfolgreichere Umsetzung des Grundsatzes ambulant vor stationär ermögliche. Das Wichtigste bei der zugehenden Beratung sei, die Menschen vor Ort in der Häuslichkeit zu besuchen.

Die Verwaltung schlage eine Entfristung des Projektes vor, um auch zukünftig die beschriebenen Effekte erzielen zu können.

Frau Middendorf bejaht die Nachfrage von Herrn Schindler, ob die personelle Ausstattung der Beratungsstelle mit 3 Teilzeit-Fachkräften ausreichend sei.

An der Aussprache über den Bericht von Frau Middendorf und Frau Baldus nehmen des Weiteren Herr Strübbe, Frau Schmelter, Frau Birkhahn, Herr Blömker und Herr Stöppel teil.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Das Projekt der zugehenden Beratung für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen / Stärkung des Ziels "ambulant vor stationär" wird entfristet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. Anfragen der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.11.2017**023/2018**

Es liegen 2 Anfragen der SPD-Kreistagsfraktion vor:

- Anfrage 1 zu Produkt 050210 Grundsicherung für Arbeitssuchende
- Anfrage 2 zu Produkt 050210 Grundsicherung für Arbeitssuchende / Langzeitleistungsbezug

Herr Hanewinkel beantwortet die Anfrage 1, Herr Dr. Seidel die Anfrage 2. Die Antworten sind als Anlage 5 (zur Anfrage 1) und Anlage 6 (zur Anfrage 2) beigefügt.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.50 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzener

Brigitte Klausmeier
Schriftführerin